Stadt Plauen
Verwaltungsausschuss

Plauen, 3. Juli 2020

Niederschrift
über die 8. Sitzung des Verwaltungsausschusses

Sitzung am :	Mittwoch, den 24.06.2020
Sitzungsort:	Festhalle, Kleiner Saal

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 20:45 Uhr

Anwesenheit:

Name	**Bemerkung**
Vorsitzender	
Herr Steffen Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I	Vertreter für Herrn Oberbürgermeister Oberdorfer
Stimmberechtigtes Mitglied	
Herr Thomas Fiedler	
Herr Sven Gerbeth	
Herr Stefan Golle	
Frau Claudia Hänsel	
Herr Eric Holtschke	
Herr Jörg Schmidt	
Herr Gerald Schumann	
Frau Sabine Schumann	
Beratendes Mitglied	
Herr Uwe Geisler	
Herr Kai Grünler	
Herr Wolfgang Schmidt	
Stellvertretendes Mitglied	
Herr Ingo Eckardt	Vertreter für Herrn Prof. Dr. Lutz Kowalzick

Abwesende:

Vorsitzender	
Herr Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer	
Stimmberechtigtes Mitglied	
Herr Prof. Dr. Lutz Kowalzick	entschuldigt
Beratendes Mitglied	
Frau Maria Fischer	entschuldigt

Herr Nick Hofmann	entschuldigt
Herr Mario Schreiter	unentschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Frau Blume-Brake	Fachgebietsleiterin FG Personal/Organisation	alle TOP´s
Herr Scheibner	Amtsleiter Rechnungsprüfungsamt	alle TOP´s
Frau Weck	Pressesprecherin der Stadt Plauen	TOP 7.2.
Frau Ullmann	Fachbereichsleiterin FB Sicherheit und Ordnung	
Frau Ernst	Vorsitzende Personalrat Verwaltung	TOP 10
Herr Wetzstein	Leiter Einsatz, in Stellvertretung von Herrn Pöcker	TOP´s zur Feuerwehr
Herr Stöhr	SB Aus- und Weiterbildung, FG Brandschutz	TOP´s zur Feuerwehr
Herr Scherer	Wachabteilungsleiter der Berufsfeuerwehr Plauen	TOP 10.
Herr Güne	Berufsfeuerwehr Plauen	TOP 10.
Herr Zabel	SB Geschäftsstelle Kommunalpräventivsrat (KPR)	TOP 6.

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
zwei Vertreter der Presse	Berichterstattung, öffentl. Teil
Herr Dr. Krämer, ärztlicher Leiter des Rettungsdienstes des Rettungszweckverbandes Südwestsachsen	TOP 10.
Herr Pelz, Ortswehrleiter Stadt Mitte	TOP 10.
Herr Golle, Ortwehrleiter Neundorf	TOP 10.
Herr Schreiter, Ortswehrleiter Großfriesen	TOP 10.
Herr Spatschke, Ortswehrleiter Kauschwitz	TOP 10.
Herr Knorr, Ortswehrleiter Stöckigt	TOP 10.
Herr Helm, Ortswehrleiter Jößnitz	TOP 10.

Tagesordnung:
öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
1.1. Tagesordnung
1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 7. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 27.05.2020
1.3. Beantwortung von Anfragen
1.4. Informationen des Bürgermeisters

2. Beschlussfassung
2.1. Einstellung von Auszubildenden und Praktikantinnen/Praktikanten zum Ausbildungsbeginn 2021
Drucksachennummer: 0198/2020

3. Information
3.1. Tageseinsatzbereitschaft der Plauener Feuerwehren
Drucksachennummer: 0143/2020
- Antrag der CDU-Fraktion, ***Reg.-Nr. 88-20***

3.2. Information zur Auswertung der Jahreshauptversammlungen in den Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 0194/2020

4. Antrag der CDU-Fraktion - Auswertung der Jahreshauptversammlung der FFW / Ausweitung der Einsatzgebiete -, ***Reg.-Nr. 87-20*** - Stellungnahme der Verwaltung

5. Antrag der CDU-Fraktion - Fahrzeugkonzept und Personalkonzept zum Brandschutz der Stadt Plauen 2030 -, ***Reg.-Nr. 86-20*** - Stellungnahme der Verwaltung

6. Antrag der CDU-Fraktion - Information zur aktuellen Arbeit der Geschäftsstelle Kommunaler Präventionsrat, ***Reg.-Nr. 115-20***

7. Vorberatung

7.1. Polizeiverordnung der Stadt Plauen, ***Drucksachennummer: 0168/2020*** - 2. Lesung
- Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Auswirkungen des neuen sächs. Polizeigesetzes für Plauen - ***Reg.-Nr. 83-20*** - Stellungnahme der Verwaltung

7.2. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Sitzungen des Stadtrates per Livestream / bessere Transparenz über die sozialen Medien schaffen, ***Reg.-Nr. 111-20*** - Stellungnahme der Verwaltung

8. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Konkretere Informationen/Zahlen zum Personalbericht der Stadt Plauen - ***DSNR: 0068/2019, Reg.-Nr. 110-20*** - Stellungnahme der Verwaltung

9. Antrag der CDU-Fraktion - Maßnahmen zur Belebung der Gastronomie- und Gewerbelandschaft in Plauen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, ***Reg.-Nr. 108-20*** - Stellungnahme der Verwaltung

10. Ausstieg der Berufsfeuerwehr aus dem Rettungsdienst, ***Drucksachennummer: 0171/2020***

11. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 8. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Herrn Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Zur Mitzeichnung der Niederschrift werden Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, und Stadtrat Stefan Golle, CDU-Fraktion, gebeten.

1.1. Tagesordnung

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, fragt, ob es Änderungsbedarf bei der Tagesordnung gibt.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, beantragte den TOP 12.2 – Ausstieg der Berufsfeuerwehr aus dem Rettungsdienst des nichtöffentlichen Teils in den öffentlichen Teil vorzuziehen, da diese Vorlage bereits im letzten Ausschuss öffentlich behandelt wurde und darüber auch im Stadtrat im öffentlichen Teil abgestimmt werden soll. Der Informationsfluss sollte seiner Meinung nach nicht unterbrochen werden. Bei Behandlung im nichtöffentlichen Teil könnte eine Abstimmung mit den Betroffenen aus Verschwiegenheitsgründen nicht erfolgen. Er teilt mit, dass sich nach Berichterstattung in der Presse über diese Problematik noch weitere 5 Feuerwehrleute gemeldet haben, die zu einer Fortbildung zum Notfallsanitäter bereit wären.

Stadträtin Claudia Hänsel, Fraktionsvorsitzende Fraktion DIE LINKE, beantragt für den Fall, dass der Antrag von Stadtrat Fiedler abschlägig entschieden wird, Rederecht für die Feuerwehrleute im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Frau Ullmann, Fachbereichsleiterin Sicherheit und Ordnung, teilt mit, dass zu diesem TOP Herr Dr. Krämer, ärztlicher Leiter des Rettungszweckverbandes Südwestsachsen eingeladen wurde. Dieser wurde auf Grund der späteren Behandlung des TOP´s umbestellt. Es wird

versucht Herrn Dr. Krämer zu erreichen.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, schlägt vor, diesen TOP auf die Nr. 10 der öffentlichen Sitzung zu verschieben. Stadtrat Fiedler stimmt dem zu**.**

Beschluss
Es wird beantragt, dass der TOP 12.1.- Ausstieg aus der Berufsfeuerwehr aus dem Rettungsdienst des nichtöffentlichen Teils der 8. Sitzung des Verwaltungsausschusses in den öffentlichen Teil auf TOP 10. verschoben wird.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen keine Nein-Stimmen keine Stimmenthaltungen

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 7. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 27.05.2020

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über die 7. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 27.05.2020 - öffentlicher Teil - fest.

1.3. Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen.

1.4. Informationen des Bürgermeisters

keine

2. Beschlussfassung
2.1. Einstellung von Auszubildenden und Praktikantinnen/Praktikanten zum Ausbildungsbeginn 2021, *Drucksachennummer: 0198/2020*

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, führt kurz zur Vorlage aus und bittet Frau Blume-Brake, um Informationen zur Vorlage.

Frau Blume-Brake, FGL Personal/Organisation, erläutert kurz die Vorlage und informiert, dass speziell im Erzieherbereich in den nächsten Jahren Ausbildungsbedarf besteht.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, bemerkt keine weiteren Wortmeldungen dazu.

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Plauen nimmt davon Kenntnis, dass zum 01.09.2021

- 4 Auszubildende zur/zum Verwaltungsfachangestellten, Fachrichtung Landes- und Kommunalverwaltung und
- 2 Staatlich anerkannte Erzieherinnen/Erzieher im Anerkennungsjahr (Berufspraktikum) eingestellt werden.

3. Information

3.1. Tageseinsatzbereitschaft der Plauener Feuerwehren
Drucksachennummer: 0143/2020
- Antrag der CDU-Fraktion, *Reg.-Nr. 88-20*

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, bittet den Antragsteller um Ausführungen zum Antrag seiner Fraktion.

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, begrüßt die Thematik des städtischen Brandschutzes zur heutigen Sitzung. Er schlägt vor, mit diesem Thema generell transparenter umzugehen. Zur Vorlage merkt er an, dass Tagesbereitschaft der Plauener Feuerwehren gewährleistet sein und immer eine Kommunikation mit dem FG Brandschutz stattfinden sollte. Hierzu wurden in der Vergangenheit Defizite festgestellt. Es sollte an einer gemeinsamen Lösung gearbeitet werden.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, bedankt sich bei den Kameraden für ihre tägliche Einsatzbereitschaft.

Frau Ullmann, Fachbereichsleiterin Sicherheit und Ordnung, informiert, dass es auf Grund der Corona-Pandemie zu Verschiebung der Behandlung dieses Themas kam und sich in dieser Zeit einiges getan hätte. Sie erklärt, dass es damals richtig war, die Meldung abzugeben, da die Tageseinsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr Stadtmitte nicht mehr gegeben war. Dies sei in verschiedenen Ursachen begründet. Sie teilt mit, dass sich die Zahl der Atemschutzgeräteträger seit 31.01.2020 durch den Abschluss der Ausbildungen positiv verändert hat. Sie bittet Herrn Wetzstein um nähere Ausführungen dazu.

Herr Wetzstein, FG Brandschutz, Leiter Einsatz, informiert, dass die Alarm- und Ausrückeordnung nach Meldung von Herrn Pelz, über die nicht vorhandene Tageseinsatzbereitschaft der FFW Stadtmitte, geändert wurde. Dies bedeutet, dass die FFW Stadtmitte trotzdem alarmiert wird und die verfügbaren Atemschutzträger können kommen. Zusätzlich dazu wird immer eine weitere Ortsfeuerwehr außerhalb ihres Ausrückbereiches verständigt. Es wurde mit Herrn Pelz vereinbart, dass nach jedem Einsatz die beteiligten Feuerwehrleute gemeldet werden, um sich ein Bild zu verschaffen, wann die Tageseinsatzbereitschaft der FFW Stadtmitte wieder hergestellt ist. Dieses System wird auf Grund der bevorstehenden Urlaubszeit bis Ende des Jahres fortgeführt.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, fragt an, wann perspektivisch die Einsatzbereitschaft der FFW Stadtmitte wieder hergestellt sein wird.

Herr Wetzstein kann in Abhängigkeit von mehreren Faktoren keinen genauen Zeitpunkt nennen.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, erteilt Herrn Pelz das Wort.

Herr Pelz, Ortwehrleiter FFW Stadtmitte, teilt mit, dass zum Zeitpunkt der Meldung 11 Atemschutzgeräteträger vorhanden, aber nicht so viele einsatzbereit waren, um eine Staffel zu besetzen. Aus Sicherheitsgründen konnte kein Einsatz gewährleistet werden.
Nach abgeschlossener Ausbildung gibt es nun 21 Atemschutzgeräteträger. Diese Problematik ist auf den Generationenwechsel zurück zu führen. Weiterhin verweist er auf eine Richtlinie, die besagt, es muss die doppelte Anzahl an Atemschutzgeräteträger vorgehalten werden. Zurzeit werden mit den neuen Atemschutzgeräteträgern entsprechende Übungen durchgeführt, danach steht der Tageseinsatzbereitschaft nichts mehr im Weg.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, fragt nach dem Zeitpunkt.

Herr Pelz gibt an, dass es ca. noch zwei Monate in Anspruch nehmen wird.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, nennt die Einsatzzahlen pro Jahr und bedankt sich bei den Kameraden für ihren Einsatz.

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, möchte von Herrn Pelz wissen, wie in der Vergangenheit das Thema Ausbildung seitens des FG Brandschutzes betreut wurde. Er merkt an, dass der Antrag seiner Fraktion auch darauf abzielt, dass das Schichtsystem unter die Lupe genommen wird. Er wünscht sich hierzu die fachliche Einschätzung von Frau Ullmann sowie von den betroffenen Feuerwehrleuten.

Frau Ullmann informiert, dass die Kameraden im operativen Dienst derzeit in einem Mischsystem arbeiten. Dies bedeutet, Montag bis Donnerstag im 12-Stunden-Dienst und Freitag bis Sonntag im 24-Stunden-Dienst. Sie erläutert, aus welchen Gründen dieses System gewählt wurde.
Sie teilt mit, dass derzeit eine Überprüfung dahingehend läuft. Sie schlägt vor, dass in Zusammenhang mit dem Ergebnis zum Antrag ***Reg.-Nr. 86-20*** darzustellen.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, befürwortet dies.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion, hätte gerne eine Aussage zu den Wochenendzeiten der Kameraden der Berufsfeuerwehr. Er fragt an, ob es tatsächlich so ist, dass die Kameraden unabhängig von der Schicht ein sehr kurzes Wochenende haben. Er merkt an, dass auch im früheren 24-Stunden-Schichtsystem Arbeitsleistungen generiert wurden.

Frau Ullmann bittet Herrn Wetzstein um Informationen dazu.

Herr Wetzstein teilt mit, dass es 3 Wachabteilungen gibt. Von den 17 Kollegen pro Wachabteilung müssen 9 bzw. 11 Kameraden arbeiten. Der Rahmendienstplan sieht vor, dass die Kameraden entweder Freitag, Samstag oder Sonntag Dienst haben. Andere Dienstsysteme könnten sich hierzu eventuell positiver auswirken.

Herr Zenner, Bürgermeister GBI, möchte wissen, welches Schichtsystem Herr Wetzstein favorisiert.

Herr Wetzstein antwortet, dass er durch seinen Teileinsatzdienst nicht so stark betroffen ist. Er informiert über die in Abstimmung mit dem Personalrat durchgeführte Umfrage zum Schichtsystem. Dort wurde sich mehrheitlich für 24-Stunden-Dienstsysteme ausgesprochen.

Stadtrat Ingo Eckard, CDU-Fraktion, interessiert, ob die Umfrage in die Bewertung des Antrages *Reg.-Nr. 86-20* einfließt.

Frau Ullmann antwortet, dass die Wünsche berücksichtigt werden.

Stadtrat Schmidt erinnert an seine Frage an Herrn Pelz bezüglich Unterstützung durch das FG Brandschutz.

Frau Ullmann teilt mit, dass bereits im Herbst 2019 der Lehrgang der Atemschutzgeräteträger stattfinden sollte. Im Vorfeld erfolgte dazu eine Bedarfsabfrage bei den Freiwilligen Wehren. Auf Grund der Nachmeldeten, welche sich vorher noch einer ärztlichen Untersuchung unterziehen mussten, konnte der Lehrgang zu diesem Zeitpunkt noch nicht beginnen. Der Lehrgang wurde dann aus organisatorischen Gründen auf das Frühjahr 2020 verschoben.

Herr Wetzstein bittet, dass Herr Stöhr dazu Stellung nehmen darf.

Herr Stöhr, SB Aus- und Weiterbildung, FG Brandschutz, teilt mit, dass mehrmals im Jahr der Ausbildungsbedarf abgefragt wird. Zudem können die Wehrleiter jederzeit Bedarf anmelden. Auf Grund eines höheren Bedarfs im Juni/Juli 2019 wurde ein neuer Lehrgang geplant. Dazu sind Termine der DEKRA notwendig. Diese waren erst im 4. Quartal möglich. Am 22.01.2020 war schließlich Ausbildungsbeginn. Eine Information dazu ging im Dezember an die Ortswehrleiter. Ausbildungsende sollte Ende April sein, dieser wurde durch die Corona-Pandemie auf den 22.06.2020 verschoben. Somit gibt es nun 20 neue Atemschutzgeräteträger.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, sieht keine weiteren Wortmeldungen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Informationsvorlage ***Drucksachennummer 0143/2020,*** Tageseinsatzbereitschaft der Plauener Feuerwehren und den Antrag der CDU-Fraktion ***Reg.-Nr. 88-20*** zur Kenntnis.

3.2. Information zur Auswertung der Jahreshauptversammlungen in den Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 0194/2020

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, würdigt die ehrenamtliche Arbeit der Kameraden der Freiwilligen Wehren. Er bittet Herrn Wetzstein um Informationen zur Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Wehren.

Herr Wetzstein, Leiter Einsatz, teilt mit, dass die Vorlage keine vollständige Aufzählung der Probleme der Freiwilligen Wehren beinhaltet. Dazu könnten gegebenenfalls die Ortswehrleiter im Ausschuss persönlich Stellung beziehen. Einige Sachverhalte wurden bereits gestern im Feuerwehrausschuss versucht zu klären. Er informiert, dass alle Ortswehren mit entsprechender Computertechnik ausgestattet wurden. Zur Thematik Handyalarmierung, welche gewünscht wurde, gibt er an, dass diese derzeit in der Erprobungsphase ist. Er geht die einzelnen Punkte der Vorlage zu den einzelnen Ortwehren durch. Weiterhin informiert er, dass die Satzungen auf Grund der personellen Besetzung, noch nicht geändert werden konnten. Zur Zeitschiene des Brandschutzbedarfsplans gibt er an, dass derzeit auf die Zuarbeit des ZWAV bezüglich der Löschwasserdaten gewartet wird. Diese stellten für die Fertigstellung den 15.07.2020 in Aussicht. Danach kann auf dieser Grundlage die beauftragte Firma Mitte August das Konzept vorstellen. Nach erfolgter Abstimmung mit allen Beteiligten sowie den Ortswehrleitern ist die Vorstellung im Rat Ende des 4. Quartals geplant.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, schlägt eine Vergabe der Erstellung der neuen Satzungen an einen Juristen vor. Er fragt an, was mit den alten, fast schon historischen Fahrzeugen passiert.

Herr Wetzstein antwortet, dass diese in Chemnitz versteigert werden. Dabei können gute Erlöse erzielt werden.

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, möchte wissen, ob in allen Wehren die entsprechenden technischen Voraussetzungen geschaffen wurden.

Herr Wetzstein teilt mit, dass alle mit arbeitsfähiger Technik sowie DSL-Anschluss ausgestattet wurden. Er bittet Herrn Stöhr um entsprechende Ausführungen.

Herr Stöhr ergänzt, dass die FFW Stadtmitte noch einen neuen PC erhält und der bereits vorhandene an die Jugendfeuerwehr weitergereicht wird. Für Zwoschwitz wird eventuell eine Laptoplösung angestrebt.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, bedankt sich nochmals bei den Freiwilligen Wehren.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses der Stadt Plauen nehmen die Informationen des Fachgebietes Brandschutz über die stattgefundenen Jahreshauptversammlungen der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Plauen und die darin diskutierten Probleme zur Kenntnis.

4. Antrag der CDU-Fraktion - Auswertung der Jahreshauptversammlung der FFW / Ausweitung der Einsatzgebiete -, Reg.-Nr. 87-20 - Stellungnahme der Verwaltung

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, würdigt die ehrenamtliche Tätigkeit der Freiwilligen Wehren. Er verweist auf die Aussagen von Herrn Pöcker im letzten Verwaltungsausschuss, wonach die Tageseinsatzbereitschaft der einzelnen Wehren nicht immer gewährleistet ist. Er teilt mit, dass Gespräche mit einzelnen Kameraden ein anderes Bild zeichnen. Nun ist die Frage, ob die Einsatzgebiete auf den Vogtlandkreis ausgeweitet werden können, um Synergieeffekte herzustellen.

Herr Wetzstein, Leiter Einsatz, vernimmt die Sorge der CDU-Fraktion, dass nicht ausreichend Fördermittel generiert werden. Er teilt dazu mit, dass die Fördermittel, welche von der unteren Brandschutzbehörde verteilt werden, für das Vogtland nie ausreichen. Jedoch hat die Stadt Plauen in der Vergangenheit immer den maximal gültigen Fördersatz erhalten.
Bezüglich des Antrages der CDU-Fraktion einen Verantwortlichen vom LRA Vogtlandkreis anzuhören, verweist er auf eine schriftliche Stellungnahme. Zusammenfassend merkt er an, dass grundsätzlich kein Rechtsanspruch auf die Fördermittel besteht. Auf Grund der geänderten Ausrückordnung wurde ein erhöhter Fördersatz für die Beschaffung des Autos für die FFW Neundorf in Aussicht gestellt. Er teilt mit, dass Einsätze außerhalb Plauens in Rechnung gestellt werden und dies könne sich nicht jede Kommune leisten. Er weist darauf hin, dass keine Gemeinde gezwungen werden kann, die Plauener Wehren zu alarmieren.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, teilt mit, dass dem Antrag auf Grund der umfassenden Informationen entsprochen wurde und keine Abstimmung erfolgt.

5. Antrag der CDU-Fraktion - Fahrzeugkonzept und Personalkonzept zum Brandschutz der Stadt Plauen 2030 -, *Reg.-Nr. 86-20* - Stellungnahme der Verwaltung

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, bittet Stadtrat Schmidt, um Stellungnahme zum Antrag seiner Fraktion.

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, erläutert die Intension des Antrages seiner Fraktion. Es sollten u.a. die Vorteile des 24-Stunden-Schichtsystem gegenüber dem 12-Stunden-Schichtsystem dargelegt werden.

Frau Ullmann, Fachbereichsleiterin Sicherheit und Ordnung, teilt mit, dass zunächst auf den ersten Teil des Antrages eingegangen wird. Das Ergebnis der Prüfung zum Schichtsystem soll zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Sie bittet um Zurückstellung dieses Punktes. Frau Ullmann gibt an, dass Fahrzeug- und Personalkonzept Bestandteile des Brandschutzbedarfsplanes sind und um diesem nicht vorzugreifen, bittet sie den Antrag abzulehnen.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, weist darauf hin, dass es hierzu um die Beauftragung zu Erstellung eines Konzeptes geht und nicht um die heutige Befassung darüber. Er bittet um die Meinungen der Ausschussmitglieder.

Stadtrat Schmidt schlägt eine Diskussion über diesen Antrag vor, um ein Konzept bis Jahresende vorzulegen. Er bittet, dass Herr Scherer dazu gehört wird.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, fragt, ob das Konzept bis zur Aufstellung des Haushaltes 2021/2022 erstellt werden kann.

Frau Ullmann stimmt dem zu.

Herr Scherer, Wachabteilungsleiter der Berufsfeuerwehr Plauen, führt die Hintergründe zur Einführung des 12-Stunden-Schichtsystems aus. Er merkt an, dass es vor einem Jahr dazu Diskussionen mit dem Oberbürgermeister gab. Auf Grund dessen erfolgte eine Überprüfung durch das Controlling der Stadt Plauen. Das Ergebnis dieser wirtschaftlichen Betrachtung wurde dem FG Brandschutz durch Frau Karliner mitgeteilt. Er spricht die Wochenenddienste an, die seiner Meinung nach nicht mehr zeitgemäß sind.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, bittet das Ergebnis der Prüfung noch nicht darzulegen und schlägt erst eine Abstimmung über den Antrag vor.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, möchte wissen, ob der 24-Stundendienst Schlafenszeit beinhaltet.

Herr Wetzstein antwortet, dass ein Feuerwehrmann nie schläft, sondern nur ruht. Ruhezeiten sind nicht nur im 24-Stundendienst sondern auch im 12-Stunden-Nachtdienst enthalten. In der Dienstvereinbarung ist eine Ruhezeit dazu ab 22.30 Uhr vereinbart. Im 24-Stundendienst wäre es entsprechend eher.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, liest den Antragstext vor und stellt ihn zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem Antrag der CDU-Fraktion ***Reg.-Nr. 86-20*** zu.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen keine Nein-Stimmen keine Stimmenthaltungen

6. Antrag der CDU-Fraktion - Information zur aktuellen Arbeit der Geschäftsstelle Kommunaler Präventionsrat, *Reg.-Nr. 115-20*

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, erläutert kurz die Vorlage.

Herr Zabel, SB Kommunalpräventivrat (KPR), stellt seine Arbeit in einer Präsentation vor. Eckpunkte waren dabei:

- Neugründung von drei Arbeitsgruppen
- Vorstellung neuer Projekte (u.a. sicherer Schulweg, Öffentlichkeitsarbeit)
- Definition von drei Zielgruppen
- Änderung der Geschäftsordnung (Abstimmung darüber in der Sitzung des Stadtrates im Oktober geplant)

Hinweis des Schriftführers: Die Präsentation ist als Anlage zur Niederschrift beigefügt.

Stadtrat Ingo Eckart, CDU-Fraktion, bedankt sich für die umfangreiche Präsentation. Er merkt an, dass es Anfang der 90er Jahre bereits einen solchen Rat gab und die Streetworker mit einbezogen wurden. Er regt an, diese und die Abteilung der Kommunalprävention bei der Polizei einzubinden. Er teilt mit, dass es in den Ortsteilen weniger kriminelles Potenzial gibt.

Stadtrat Schmidt bedankt sich ebenfalls bei Herrn Zabel für seine Darstellungen. Er ist der Meinung, dass diese sehr theoretischer Natur sind und wünscht sich nun die Umsetzung der angesprochenen Projekte. Er sieht einen Schwerpunkt am Campus. Er regt an, der Situation in der gesamten Innenstadt schnellstmöglich präventiv entgegen wirken. Er sieht Bedarf auch im Stadtteil Haselbrunn. Die Einführung verschiedener Arbeitsgruppen betrachtet er kritisch.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion, bedankt sich für die umfangreichen und fundierten Ausführungen von Herrn Zabel. Er möchte wissen, wer die zweite Analyse über zwei Jahre hinweg durchführt und welche Inhalte diese hat.

Herr Zabel antwortet, dass die Analyse per Ausschreibung durch den Landespräventionsrat an ein Institut vergeben wird. Es wurde zugesagt, dass Plauen Einfluss auf die Themen der Befragung hat und auch die Zwischenergebnisse davon erfährt.

Stadtrat Gerald Schumann, Fraktionsvorsitzender der AfD-Fraktion, bedankt sich bei Herrn Zabel für seinen komplexen Vortrag und verweist nochmals auf die Problematik in der Innenstadt sowie am Schlosshang. Er erinnert an den Antrag seiner Fraktion, dass den Fraktionen Zugang zum KPR gewährt wird. Dieser wurde im Stadtrat positiv entschieden, er bittet nun diesen entsprechend zu beachten. Es ist erforderlich nun den notwendigen Druck aufzubauen. Er vermisst die Arbeitsgemeinschaft, welche sich mit dem politisch motivierten Anarchismus und Vandalismus befasst. Er merkt an, dass aus der Statistik des Bundesinnenministeriums hervorgeht, dass es auch zunehmend linksgerichtete Straftaten gibt.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, sagt eine entsprechende Beteiligung der Fraktionen im KPR zu.

Herr Uwe Geisler, sachk. Einwohner FDP-Fraktion, gibt erneut zu bedenken, ob der KPR das richtige Instrument ist, den Problemen im Zentrum entgegen zu wirken. Er sieht sich auf Grund der heutigen Wortmeldung in seiner Auffassung bestätigt. Er schlägt vor, durch den Rat entsprechende Vorgaben für die Ausrichtung des KPR zu definieren. Seiner Meinung nach hilft nur konsequenter Verfolgungsdruck und mehr Präsenz durch die Ordnungsbehörden. Er zeigt es am Beispiel der Corona-Krise auf, dass durch mehr Polizeipräsenz die Straftaten zurückgegangen sind. Er setzt voraus, dass sich Polizei und Ordnungsamt bei Problemen untereinander abstimmen und hier nicht der KPR mitwirken muss.

Stadtrat Eric Holtschke, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, bedankt sich für den Vortrag und fragt an, worin sich die Lenkungsgruppe und der Rat unterscheiden.

Herr Zabel antwortet, dass sich der vom Stadtrat eingerichtete KPR aus dem OB, den Bürgermeistern und den entsprechenden Leitern zusammensetzt. Die Lenkungsgruppe wurde auf Wunsch des VFB Salzwedel, auf Grund dessen Erfahrungen, eingerichtet und ist das wesentlich kleinere Gremium. Hier erfolgt die eigentliche Arbeit des KPR. Er empfiehlt diese effiziente Arbeitsgruppe beizubehalten.

Stadtrat Schmidt stimmt Herrn Geisler zu und ergänzt, dass Intension eigentlich sein sollte, einen *kriminal*präventiven Rat zu schaffen. Er nennt die Vorkommnisse in Stuttgart beispielhaft. Gegen die Personen, die sich nicht an die Regeln des Staates halten, muss

vorgegangen werden. Er sieht die Ordnungsbehörden ebenfalls gefordert. Er schlägt vor, dass der KPR bei Brennpunkten eine Empfehlung zur Errichtung einer Videoüberwachung des betroffenen Gebietes abgibt. Oberstes Ziel sollte die Vorbeugung von Straftaten sein.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, sieht keine weiteren Wortmeldungen und bedankt sich bei Herrn Zabel.

7. Vorberatung

7.1. Polizeiverordnung der Stadt Plauen - 2. Lesung

Drucksachennummer: 0168/2020

Herr Zenner, Bürgermeister GB I sieht Frau Hänsel, die eine Frage zum TOP hat.

Stadträtin Claudia Hänsel, Fraktionsvorsitzende Fraktion DIE LINKE, sieht die Umsetzung folgender Punkte kritisch:

- Verfolgung anhaltender tierischer Lautäußerungen
- Urinieren durch Hunde an öffentl. Gebäuden
- Gefährdung durch Kinder in § 9 h der neuen Polizeiverordnung

Sie fragt an, wie der Sachstand zur Alkoholverbotszone der Stadt Plauen ist, da sie Infos zu möglichen Problemen hat.

Frau Ullmann, Fachbereichsleiterin Sicherheit und Ordnung, fasst die Fragen aus dem letzten Verwaltungsausschuss zusammen und beantwortet sie kurz. Zu den Anmerkungen von Stadträtin Hänsel teilt sie mit, dass ständiges Bellen oder Urinieren an öffentliche Einrichtungen durch Hunde nicht geduldet werden kann. Der Vollzug dieser Vorschrift wird im Einzelfall entschieden.
Sie teilt mit, dass es bezüglich der Alkoholverbotszone eine Information des Landratsamtes Vogtlandkreis auf Grund eines Problems materieller Art gibt. Festgestellt wurde dies durch die Landesdirektion Sachsen. Derzeit wird die ausführliche Darstellung vom Landratsamt abgewartet. Nach Eingang erfolgen Prüfung und entsprechende Information im Rat.

Herr Zenner, Bürgermeister GBI, mahnt alle Tierbesitzer, auf ihre Tiere zu achten.

Stadtrat Eric Holtschke , SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, schlägt vor, das Wort „Behindertenbegleitung“ in „Begleitung von Menschen mit Behinderung“ zu ändern.

Herr Zenner, Bürgermeister GBI, stimmt dem zu.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, ist der Meinung, dass beim Schädlingsbegriff in § 8 Abs. 1 die pflanzlichen Schädlinge ebenfalls benannt werden sollten. Des Weiteren möchte er wissen, warum für Veranstaltungen von anerkannten Trägern der Jugendhilfe der Ausnahmetatbestand in § 11 Abs. 2 nicht mehr gilt. Er sieht keine Notwendigkeit der Anzeige einer Kinder- und Jugendveranstaltung.

Frau Ullmann antwortet, dass die einzelne Benennung von Schädlingen nicht erforderlich ist. Zu den Festen gibt sie an, dass die Anzeige nicht immer einen Auflagenbescheid nach sich zieht. Wichtig ist zu wissen, wo Veranstaltungen stattfinden, um Kollisionen mit einer anderen Veranstaltungen mit Gefährdungspotenzial zu vermeiden.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, erläutert, dass es hier vordergründig um die Einleitung von Schutzmaßnahmen geht.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage ***Drucksachennummer: 0168/2020*** zu.

Beschlussvorschlag:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die als Anlage 2 beigefügte Polizeiverordnung der Stadt Plauen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen keine Nein-Stimmen keine Stimmenthaltungen

- Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Auswirkungen des neuen sächs. Polizeigesetzes für Plauen - *Reg.-Nr. 83-20* - Stellungnahme der Verwaltung

Herr Zenner Bürgermeister GB I, bittet Stadträtin Hänsel um Stellungnahme zum Antrag.

Stadträtin Claudia Hänsel, Fraktionsvorsitzende Fraktion DIE LINKE, ist verwundert, dass dieser Antrag erneut auf der Tagesordnung steht. Sie zitiert die entsprechende Stelle in der Niederschrift zum letzten Verwaltungsausschuss und merkt an, dass dieser Punkt bereits behandelt wurde.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, nimmt dies zur Kenntnis.

7.2. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Sitzungen des Stadtrates per Livestream / bessere Transparenz über die sozialen Medien schaffen, *Reg.-Nr. 111-20* - Stellungnahme der Verwaltung

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, bittet den Antragsteller um Ausführungen.

Stadtrat Eric Holtschke, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erläutert kurz die Intension des Antrages seiner Fraktion.

Frau Weck, Pressesprecherin der Stadt Plauen, verweist auf die Stellungnahme und erläutert die Voraussetzungen einer Liveübertragung. Sie spricht sich dafür aus, aber merkt an, dass es datenschutzrechtliche und kostentechnische Hürden gibt. Sie schlägt vor, die Kosten-Nutzen-Rechnung gut abzuwägen. Sie bedankt sich für den Hinweis zur Verbesserung der Webseite. Weiterhin teilt sie mit, dass in den letzten Jahren Social-Media-Konzepte erarbeitet wurden. Die Umsetzung der beiden Punkte erfolgt im Rahmen des Relaunch der Webseite.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, spricht sich für diesen Antrag aus, bittet aber den Kostenaspekt zu bedenken.

Stadträtin Claudia Hänsel, Fraktionsvorsitzende Fraktion DIE LINKE, teilt mit, dass es in ihrer Fraktion keine einheitliche Meinung dazu gibt. Sie spricht sich dagegen aus, da der Livestream zusätzlich eine öffentliche Bühne bietet, die einer stringenten und effizienten Sitzungskultur entgegenstehen. Jede Äußerung könnte immer eine Gegenäußerung hervorrufen. Sie merkt an, dass über die Stadtnachrichten hinaus, jede Fraktion ihre eigene Website hat. Die Information der Bürger wäre somit gewährleistet.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion, spricht sich für den Antrag aus und erinnert an einen Antrag seiner Fraktion im Jahr 2013, der genau diese Idee verfolgte. Er kann nicht nachvollziehen, dass jeder seine Einwilligung zur Übertragung geben muss.

Durch Wortmeldungen müsste sich jeder bewusst sein, dass er sich in die Öffentlichkeit begibt, somit könnte die Zustimmung, seiner Meinung nach, entfallen.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, teilt mit, dass sich seine Fraktion ebenfalls noch nicht einig ist. Persönlich findet er die Idee gut, dass jeder die Diskussion verfolgen kann und nicht nur das Ergebnis erfährt. Er glaubt, entgegen der Meinung von Stadträtin Hänsel, dass die populistischen Äußerungen zurückgehen werden.

Stadtrat Gerald Schumann, Fraktionsvorsitzender der AfD-Fraktion, spricht sich für den Antrag aus, jedoch aus Kostengründen würde er diesen derzeit ablehnen. Er schlägt vor, dass im neuen Ratssaal die dafür notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden.

Stadtrat Holtschke glaubt, dass die Übertragung mehr Ordnung und Wahrheit stiften würde. Er nennt einige Städte, die einen Livestream bereits eingeführt haben.

Herr Uwe Geisler, sachk. Einwohner FDP-Fraktion, bittet Frau Weck zu prüfen, ob tatsächlich für die Übertragung einer öffentlichen Sitzung eine Zustimmung eines jeden Einzelnen erforderlich ist. Er sieht organisatorische Umsetzungsprobleme und den Zusammenhang der Diskussion dadurch gestört.

Frau Weck bestätigt, dass tatsächlich die Notwendigkeit besteht und dies auch bei anderen Städten so ist.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, zeigt am Beispiel Zwickau auf, dass der Livestream der Ratssitzung zur Entscheidungsfindung beigetragen hat.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, schlägt dem Antragsteller vor, sich mit den einzelnen Fraktionen sowie mit Verwaltungsmitarbeitern abzustimmen, ob die Einverständniserklärung von jedem gegeben werden würde.

Herr Kai Grünler, sachk. Einwohner Fraktion DIE LINKE, spricht sich ebenfalls für den Antrag und mehr Transparenz der Ratsarbeit aus. Über die Aufstellung der Kosten ist er erstaunt. Aus eigener Erfahrung könne man die Übertragung in Eigenregie für erheblich weniger Kosten durchführen. Er weist darauf hin, dass die Stadt Plauen bereits über einen eigenen Youtubekanal verfügt. Er bietet an, die softwaretechnischen Voraussetzungen einzurichten.

Frau Weck antwortet, dass die Kosten aus Erfahrungswerten von anderen Städten resultieren. Dazu wurden Plauener Firmen angefragt. Sie gibt zu bedenken, dass beauftragte Verwaltungsmitarbeiter ebenfalls Kosten verursachen. Weiterhin teilte ihr das FG IT mit, dass die technischen Voraussetzungen dafür in der Stadtverwaltung derzeit nicht vorliegen.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, merkt an, dass eine gewisse Qualität für die Übertragung erforderlich ist. Er fragt den Antragsteller, ob der Antrag abgestimmt werden soll.

Stadtrat Fiedler teilt mit, dass der Antrag abgestimmt werden soll, unter der Voraussetzung, dass alle Fraktionen sich bereits beraten haben.

Stadtrat Schmidt bittet, das komplexe Thema erst einmal zu den Fraktionssitzungen zu beraten.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, schlägt ebenfalls die erneute Beratung und Vertagung des Antrages vor. Er bittet die Fraktionen sich mit dieser Thematik zu beschäftigen, um eine Abstimmung in den nächsten Ausschüssen zu gewährleisten. Frau Weck sollte hierzu ein entsprechendes Angebot über die zu erwartenden Kosten einholen.

Der Antrag ***Reg.-Nr. 111-20*** wurde vom Verwaltungsausschuss zur Kenntnis genommen und die Abstimmung wurde zurückgestellt.

8. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Konkretere Informationen/Zahlen zum Personalbericht der Stadt Plauen - *DSNR: 0068/2019, Reg.-Nr. 110-20* - Stellungnahme der Verwaltung

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, bittet den Antragsteller um Informationen zum Antrag.

Stadtrat Eric Holtschke, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erläutert kurz die Vorlage seiner Fraktion. Es wird eine vorausschauende Personalplanung gewünscht, welche durch die Fraktion gern aktiv begleitet wird.

Frau Blume-Brake, FGL Personal/Organisation, teilt mit, dass viele Themen für eine strategische Personalführung derzeit auf dem Prüfstand stehen. Das Ergebnis möchte sie bis Herbst erarbeiten und vollumfänglich im Rat vorstellen.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, sieht keine weiteren Wortmeldungen und gibt den Antrag zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion ***Reg.-Nr. 110-20*** zu.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen keine Nein-Stimmen keine Stimmenthaltungen

9. Antrag der CDU-Fraktion - Maßnahmen zur Belebung der Gastronomie- und Gewerbelandschaft in Plauen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, *Reg.-Nr. 108-20* - Stellungnahme der Verwaltung

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, erläutert die Vorlage seiner Fraktion und hätte sich eigene Vorschläge seitens der Verwaltung dazu gewünscht.

Frau Ullmann, FBL Sicherheit und Ordnung, begrüßt diesen Antrag und nimmt kurz Stellung zu den einzelnen Punkten, analog zur Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, fasst zusammen und empfiehlt den Punkten 1-3 des Antrages zu zustimmen. Er nennt Gründe, die gegen die Punkte 4 und 5 sprechen.

Stadtrat Eric Holtschke, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, unterstützt den Antrag der CDU-Fraktion mit Ausnahme des Punktes 4. Er sieht, dass damit das Ziel der Innenstadtbelebung nicht erreicht wird. Er bittet Punkt 4 und 5 zu überarbeiten.
Stadtrat Schmidt möchte, dass über die Punkte 4 und 5 abgestimmt wird und nennt die Gründe dafür.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion, spricht sich ebenfalls für den Antrag aus. Er schlägt vor, analog der „Brötchentaste“, eine „Samstagstaste“ einzuführen. Durch das Drücken einer Taste könne man 4 Stunden kostenlos parken.

Herr Zenner fragt Frau Ullmann, ob dies möglich ist.

Frau Ullmann kann dieser vorübergehenden Lösung nicht folgen. Aufwand und Nutzen stehen in keinem Verhältnis.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, merkt an, dass die „Brötchentaste“ ca. 7.000 EUR kostet und spricht sich gegen eine „Samstagstaste“ und die Befreiung der Parkgebühren aus.

Frau Ullmann möchte wissen, was unter Punkt 4 „bis auf Weiteres“ bedeutet.

Stadtrat Schmidt antwortet, dass dies unter Berücksichtigung der Entwicklung der Corona-Pandemie erst einmal bis Jahresende bedeutet.

Stadtrat Gerbeth schlägt vor, Kostenvoranschläge zu einer „Samstagstaste“ einzuholen.

Herr Uwe Geisler, sachk. Einwohner FDP-Fraktion, begrüßt den Antrag und empfiehlt die Hemmnisse für die Wirtschaft weitestgehend abzuschaffen. Er gibt zu bedenken, dass nicht alle Förderprogramme die Betriebsausgaben decken. Es sollte hier eine realistische Bewertung erfolgen.

Stadtrat Holtschke möchte wissen, ob der Antrag in Gänze abgestimmt wird oder eine Abstimmung nach Punkten erfolgt. Des Weiteren fragt er nach, auf welches Gebiet sich Punkt 4 bezieht. Er schlägt einen Kompromiss von 10-12.00 Uhr für freies Parken vor, um Nachteile für die Händler zu vermeiden.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, empfiehlt eine Abstimmung nach den einzelnen Antragspunkten und entsprechenden Austausch über die Befreiungen mit den Händlern.

Stadtrat Schmidt antwortet, dass die Einzelabstimmung praktikabler wäre. Das Gebiet erstreckt sich auf die Kerninnenstadt. Zum Kompromissvorschlag von Stadtrat Holtschke äußert er, dass die Befreiung getestet werden sollte. Es könne jederzeit nachgebessert werden. Seiner Meinung nach ist ein klares Signal an die Innenstadthändler erforderlich.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen über die einzelnen Punkte des Antrages der CDU-Fraktion ***Reg.-Nr. 108-20*** wie folgt ab:

Abstimmungsergebnis nach einzelnen Punkten des Antrages:

Punkt 1	**9 Ja-Stimmen**	**keine Nein-Stimmen**	**keine Stimmenthaltungen**
Punkt 2	**9 Ja-Stimmen**	**keine Nein-Stimmen**	**keine Stimmenthaltungen**
Punkt 3	**9 Ja-Stimmen**	**keine Nein-Stimmen**	**keine Stimmenthaltungen**
Punkt 4	**6 Ja-Stimmen**	**1 Nein-Stimme**	**2 Stimmenthaltungen**
Punkt 5	**7 Ja-Stimmen**	**1 Nein-Stimme**	**1 Stimmenthaltung**

10. Ausstieg der Berufsfeuerwehr aus dem Rettungsdienst
Drucksachennummer: 0171/2020

Frau Ullmann, Fachbereichsleiterin Sicherheit und Ordnung, bedankt sich bei den Kameraden für ihren täglichen Einsatz. Sie merkt an, dass Erreichung der Kostendeckung der

Berufsfeuerwehr viel Zeit und Mühe gekostet hat. Sie erläutert den erhöhten Personalbedarf, wenn die Berufsfeuerwehr ab 2023 im Rettungsdienst bleibt. Sie teilt mit, dass entsprechende Gespräche bezüglich Weiterqualifizierung geführt wurden, hierzu erklärten sich 5 Kameraden zusätzlich bereit. Sie weist darauf hin, dass keiner zur Qualifikation gezwungen werden sollte. Es ist eine verantwortungsvolle Tätigkeit, die nicht unterschätzt werden sollte. Sie bittet Herrn Dr. Krämer dazu Stellung zu nehmen. Weiterhin führt sie an, dass die LDS die Zulassung zur Prüfung an die Bedingung knüpft, dass 20 Wochenstunden pro Kamerad im Rettungsdienst geleistet werden. Dies könne derzeit auf Grund der Doppelstellung Feuerwehr und Rettungsdienst nicht gewährleistet werden. Sie informiert, dass perspektivisch die freiwerdenden Stellen zur Sicherstellung des Brandschutzes dringend benötigt werden. Somit würden die Kosten bei Nichtausstieg aus dem Rettungsdienst für zusätzliches Personal trotzdem entstehen. Abschließend weist sie darauf hin, dass ab 2014 jeder Brandmeister auch eine Ausbildung als Rettungssanitäter hat. Somit ist die erste Hilfe am Unfallort gewährleistet.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, bedankt sich bei Frau Ullmann und bittet Herrn Dr. Krämer um seine Einschätzung und eine Empfehlung zur Vorlage.

Herr Dr. Krämer, ärztlicher Leiter des Rettungsdienstes des Rettungszweckverbandes, teilt mit, dass er keine Empfehlung abgeben möchte, ob die Stadt Plauen aus dem Rettungsdienst aussteigen sollte. Er erklärt, den Unterschied zwischen den beiden Berufsbildern und die damit verbundenen Haftungsregelungen. Er begrüßt die Einführung eines Notfallsanitäters und gibt zu bedenken, dass ein Notfallsanitäter im Ernstfall Handeln muss und bei Untätigkeit dafür haftbar gemacht werden kann. Er weist darauf hin, dass diese Sanitäter Erfahrung in ihrer Tätigkeit haben müssen und nicht noch für andere Tätigkeiten zuständig sein sollten. Somit ist die Mindeststundenanzahl von 20 wöchentlich erforderlich und begründet. Des Weiteren müssen die Sanitäter 40 Stunden im Jahr für Weiterbildungszwecke freigestellt werden. Er kritisiert, dass kommuniziert wurde, dass die Kameraden nicht zu einer Fortbildung bereit sind. Dieses Berufsbild kann und will nicht jeder erlernen.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, bedankt sich bei Herrn Dr. Krämer und regt eine Diskussion darüber an.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, schlägt eine sinnvolle Abwägung der Sachverhalte vor. Er informiert, dass nach Berichterstattung über diesen TOP, sich bei ihm weitere Kameraden meldeten, die zu einer Fortbildung bereit wären. Diese äußerten, dass ihnen seitens des Fachgebietes gesagt wurde, dass sich keiner melden braucht, da der Stadtrat über den Ausstieg beschließen wird. Er möchte einen Beschluss auf Grundlage von einer wahren, klaren Faktenlage treffen. Seiner Meinung nach, werden anstatt zwölf zukünftig nur neun Notfallsanitäter benötigt. Somit wäre zukünftig genug Personal vorhanden. Die Abgabe von hoheitlichen Aufgaben sollte gut durchdacht sein. Er gibt zu bedenken, dass dann Gestaltungsspielräume des Rates in Richtung Qualität ebenfalls wegfallen würden. Er spricht sich für eine Berufsfeuerwehr mit Rettungsdienst aus. Er nennt Hamburg, wo der Rettungsdienst ausschließlich durch die Berufsfeuerwehr abgedeckt wird. Für ihn macht der gemeinsame Einsatz Sinn. Er teilt mit, dass die Frist zur Fortbildung bis 2024 verlängert wurde und dass die LDS an einer Lösung arbeitet, wie die zeitintensive Zusatzausbildung durchgeführt werden soll. Er spricht sich, auf Grund der Fristverschiebung, gegen einen Beschluss über den Ausstieg aus dem Rettungsdienst aus.

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, schließt sich den Ausführungen von Stadtrat Fiedler an. Er informiert, dass der Landesfeuerwehrverband Sachsen e.V. das Problem erkannt hat und gemeinsam mit der Staatsregierung an einer Lösung gearbeitet wird. Diese sieht vor, die Frist nicht nur bis 2024 sondern bis 2034 zu verlängern. Er empfindet ebenfalls keine Zeitnot für die Entscheidung über den Ausstieg und erachtet einen Rettungsdienst innerhalb der Berufsfeuerwehr als sinnvoll.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, fragt an, ob die Frist tatsächlich verlängert wurde und ob sich zusätzlich Kameraden gemeldet haben.

Herr Dr. Krämer stimmt zu, dass die Frist verlängert wurde. Jedoch spricht er sich dagegen aus, da dies nicht im Sinne des Gesetzgebers und der Qualität der Arbeit der Sanitäter ist.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion, fragt an, ob den Kameraden bei Teilnahme an einer Fortbildung in der Vergangenheit eine höhere Entgeltgruppe in Aussicht gestellt wurde und diese aber nicht gezahlt wurde. Somit könne er nachvollziehen, dass nun keine Bereitschaft zur Weiterbildung besteht.
Frau Ernst, Personalrätin, erklärt, dass die Eingruppierungsvorschriften es in der Vergangenheit nicht zugelassen haben, dass in diesen Fällen eine Höhergruppierung erfolgt. Die Kameraden sind als Feuerwehrmänner eingruppiert. Sie teilt mit, dass eine Eingruppierung als Sanitäter sogar eine niedrigere Entgeltgruppe zur Folge gehabt hätte. Mit der neuen Eingruppierungsordnung hat sich das Tarifrecht dahingehend geändert. Es gibt nun Sondertarifverträge für die Tätigkeiten des neuen Notfallsanitäters.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, schlägt eine sofortige Klärung vor und bittet um die Stellungnahme von Herrn Wetzstein dazu.

Herr Wetzstein, Leiter Einsatz, teilt mit, dass kein Kollege in der Vergangenheit höhergruppiert wurde. Der von Stadtrat Gerbeth angesprochene Sachverhalt lag vor der Zeit von Herrn Pöcker als FGL Brandschutz und ist heute nicht mehr zu klären. Er stimmt den gemachten Aussagen von Frau Ullmann und Herrn Dr. Krämer zu. Er teilt mit, dass es nicht richtig wäre gegen einen Rettungsdienst in der Berufsfeuerwehr zu sein aber die negativen Fakten sollten auch beachtet werden. Er gibt an, dass er mit dem Leiter des Landesfeuerwehrverbandes telefoniert hat. Daraus geht hervor, dass die LDS mehrere Fortbildungsanträge der Landeshauptstadt Dresden, auf Grund der nicht erbrachten Mindeststundenanzahl, abgelehnt hat. Dagegen will Dresden vorgehen. Auch Dresden regt an, die Frist zu verlängern, dass entsprechend Zeit bleibt die neuen Notfallsanitäter auszubilden.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, teilt ebenfalls mit, dass dieser Sachverhalt nicht mehr aufgeklärt werden kann.

Herr Dr. Krämer unterstützt die Entscheidung der LDS zur Nichtzulassung und begründet es damit, dass die Kameraden als Feuerwehrmann ausgebildet wurden und nicht regelmäßig Rettungsdienst fahren. Er zieht Vergleiche zu einem Piloten, welcher auch ohne die zulässigen Flugstunden nicht mehr fliegen darf. Er mahnt, dass es hier um Menschenleben geht.

Stadtrat Gerald Schumann, Fraktionsvorsitzender der AfD-Fraktion, merkt zu den Aussagen von Frau Ullmann an, dass der Ausstieg aus dem Rettungsdienst nicht alternativlos ist. Er spricht sich für eine Spezialisierung der Berufsfeuerwehr aus und schließt sich der Meinung von Herrn Dr. Krämer an. Es ist gegen eine Verschiebung der Entscheidung.

Herr Uwe Geisler, sachk. Einwohner FDP-Fraktion, warnt vor einer vorschnellen Entscheidung, es sollte eine gute Abwägung erfolgen. Er fordert, die Aufklärung der unterschiedlichen Angaben zur Bereitschaft der Kameraden zur Fortbildung. Er gibt Herrn Dr. Krämer Recht, dass die entsprechende Qualität und entsprechende Fortbildung der Sanitäter gewährleistet sein sollte. Er gibt zu bedenken, dass neben den Haftungsfragen bei Behandlungsfehler auch die strafrechtliche Verfolgung beachtet werden muss. Hier können auch die Mitarbeiter der Verwaltung belangt werden.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, teilt mit, dass Frau Blume-Brake gemeinsam mit Frau Ullmann den Sachverhalt bezüglich der unterschiedlichen Angaben aufklären möchte. Er merkt an, dass nicht gewährleistet werden kann, dass auch nach Abfrage zukünftig ausreichend Personal für den Rettungsdienst zur Verfügung steht. Er fasst die Aussagen von Frau Ullmann und Herrn Dr. Krämer zusammen und bittet diese zu beachten.

Stadtrat Schmidt gibt Herrn Geisler Recht. Er schlägt vor, mit den anwesenden Kameraden zu versuchen die unterschiedliche Darstellung der Sachverhalte aufzuklären. Er merkt an, wenn zu viele Fragen ungeklärt bleiben, muss die Entscheidung vertagt werden.

Herr Wetzstein gibt zum Sachverhalt an, dass die Bereitschaft zur Fortbildung unter den Kameraden erfragt wurde. Von zwölf Kollegen lehnten sechs ab, vier würden gegen eine höhere Vergütung die Fortbildung machen und einer sagte ohne Bedenken zu. Er weist darauf hin, dass ohne Verkürzung der Ausbildungszeit, die Kameraden 960 Stunden absolvieren müssen. Weitere Kollegen, welche bereits Rettungssanitäter sind, haben Bereitschaft zur Weiterbildung signalisiert. Diese müssten allerdings eine dreijährige Ausbildungszeit absolvieren. Das vorgenannte Personal würde im täglichen Einsatz dann wiederum fehlen.

Stadtrat Fiedler stellt fest, dass fünf Kameraden zur Fortbildung bereit sind. Er schlägt vor keine Entscheidung zu treffen, bis der Rechtsbildungsprozess im Landtag dazu abgeschlossen ist. Danach sollten erneut Gespräche mit den Betroffenen geführt werden, um die Lage objektiv beurteilen zu können.

Herr Scherer, Wachabteilungsleiter, kann die Aussagen von Herrn Dr. Krämer nachvollziehen, was die geforderte Qualität der Notfallsanitäter betrifft, jedoch nicht die Erbringung der Mindeststunden. Seiner Meinung nach sollte hier unterschieden werden, wo jeder Einzelne arbeitet, ob auf einer stark frequentierten Wache oder nicht. Er gibt an, dass die Weiterbildung in der Berufsfeuerwehr Plauen gewährleistet ist. Er sieht die Aussagen, dass keine Bereitschaft zur Weiterbildung besteht ebenfalls kritisch. Er erläutert nochmals die Entgeltproblematik. Er gibt an, dass aus dienstplanerischen Gründen zwölf Notfallsanitäter benötigt werden. Er teilt mit, dass bei Großschadenslagen sich ein Rettungsdienst positiv auswirkt und ein Wiedereinstieg zu einem späteren Zeitpunkt sich schwierig gestaltet wird.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, fragt an, ob die höhere Ausbildung zum Notfallsanitäter automatisch eine Eingruppierung in eine höhere Entgeltgruppe erfolgt.

Frau Blume-Brake, FGL Personal/Organisation teilt nach vorliegender Information mit, dass die Qualifikation zum Notfallsanitäter nicht automatisch zu einer höheren Eingruppierung führt. Sie sagt, eine erneute Prüfung und schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Ingo Eckard, CDU-Fraktion, ist der Meinung, dass nur ältere Kollegen keine Bereitschaft hätten und beim Ausstieg aus dem Rettungsdienst Chancen vergeben werden würden. Er schlägt vor, die Verbeamtung an die Voraussetzung der Weiterbildung zum Rettungssanitäter zu koppeln. Er merkt an, dass zukünftig mit Rettungsdienst deutlich höhere Erlöse erzielt werden können.

Herr Uwe Geisler, sachk. Einwohner FDP-Fraktion, fragt nach, ob das Berufsbild des Notfallsanitäters mit einem weiteren Beruf zu vereinbaren ist. Eine dreijährige Berufsausbildung soll jetzt in kürzerer Zeit nebenbei absolviert werden. Dies sieht er kritisch und bezweifelt, dass eine Doppelqualifikation wünschenswert ist.

Herr Dr. Krämer bekräftigt nochmals seine Argumente zur Spezialisierung. Nur wer Routine hat, kann auch gute Arbeit leisten.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, fasst nochmals die Argumente kurz zusammen und liest den Beschlussvorschlag der Vorlag vor.

Der Verwaltungsausschuss lehnt den Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage ***Drucksachennummer 0171/2020*** Ausstieg der Berufsfeuerwehr aus dem Rettungsdienst ab.

Beschlussvorschlag:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den Ausstieg der Berufsfeuerwehr aus dem Rettungsdienst zum 01.01.2021.

Abstimmungsergebnis: eine Ja-Stimme 7 Nein-Stimmen eine Stimmenthaltung

11. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Herr Kai Grünler, sachk. Einwohner Fraktion DIE LINKE, teilt mit, dass ein Bürger darauf hingewiesen hat, dass im Bereich Stöckigter Straße, gegenüber dem Kleingartenverein Knielohgrund und auch in Richtung Kemmlerstraße, seit 3 Wochen vermehrt Giftköder speziell für Hunde ausgelegt werden.
Er fragt an, ob der Sachverhalt bekannt ist und ob Maßnahmen dagegen getroffen wurden.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Eric Holtschke, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, möchte wissen, ob tatsächlich noch nicht alle städtischen Bediensteten Zugang zum Intranet haben und worin die Gründe dafür liegen.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Plauen, den

Steffen Zenner
Bürgermeister GB I

Plauen, den

Stefan Golle
Stadtrat

Plauen, den 06.07.2020

Kristin Martin
Schriftführerin

Plauen, den

Thomas Fiedler
Stadtrat